



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



www.atomgegner.at

Nr. 1, März / April 2020

www.prodemokratie.com

(Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. März 2020)

Coronavirus in Österreich

Allen, die mithelfen das Coronavirus einzudämmen, gehört unsere volle Anerkennung und unser aller voller Dank!

Besonders gilt das für all die Menschen, die für die Aufrechterhaltung unseres täglichen Lebens arbeiten, vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich wie etwa das Spitals- und Pflegepersonal, oder im Produktions- und Versorgungsbereichen und anderen mehr. Und nicht vergessen: Sehr viele in diesen lebenswichtigen Bereichen tätigen Menschen (Pflegepersonal in Krankenhäusern, Heimen, zu Hause oder Reinigungskräfte, Supermarktpersonal, Erntearbeiter*innen, usw.) bleiben zu normalen Zeiten unbedankt und sind immer viel schlechter bezahlt als in andere Branchen. Viele von ihnen, die jetzt die lebensnotwendige Versorgung für alle aufrechterhalten, sind Migrant*innen, gegen die oft in den Medien abwertend Stimmung gemacht wird! Schlecht bezahlte Arbeit wird sonst auch oft in den Medien als wenig wertvolle Leistung hingestellt. Das muss sich jetzt und in Zukunft ändern, soll es den von Kanzler Kurz abwärts beschworenen Zusammenhalt in der Gesellschaft auf Dauer geben. Da können und müssen sich der türkise Kanzler, sein ÖVP-Sozialsprecher und seine blauen Gesinnungsfreunde aus der Ex-Türkis-Blauen-Regierung bei der Nase nehmen oder von den Menschen zurechtgewiesen werden.

Ab 15. März gilt eine österreichweite „Quarantäne“ zu Hause für alle, die nicht vor die Tür müssen für Einkauf, Arbeit in lebenswichtigen Bereichen oder wenn jemand Hilfe benötigt. Also de facto eine Art Ausgangssperre, wie wir sie in der 2. Republik noch nie hatten. Die Bevölkerung leistet den Anforderungen Folge, vor allem weil man ja nichts Genaues über das Virus weiß und auch keine umfassenden Infos dazu bekommt, außer, dass es gefährlich ist und die Expert*innen sich uneinig sind.

Gesundheitssystem schützen!?

Jedes Mal, wenn die Regierung in diesen Tagen neue Zahlen, neue Warnungen ausgibt und die Maßnahmen verschärft, wird gleichzeitig gesagt, dass wir das alles tun müssten, weil sonst die

„Corona-Krise“ auch zum Zusammenbruch unseres Gesundheitssystems führen könne. Klar, wenn zu viele Menschen gleichzeitig zu Intensivpatienten werden, wäre sehr bald die Kapazität ausgeschöpft.

Haben wir aber nicht immer gehört, dass wir zu viele Spitalsbetten, zu viele Akutbetten, zu viele Spitäler, zu viel Personal usw. hätten? Die Gefahr hat sich deshalb so verschärft hat, weil man

- nicht rechtzeitig reagiert hat (siehe Tirol) und
- eben schon seit Jahren das österreichische Gesundheitssystem ausgehungert wird.

EU und OECD verlangen seit Jahren bei Pensionen und Gesundheit „Einsparungen“. Die österreichischen Regierungen sind diesem Kürzungs- und Spardiktat im Interesse der Wirtschaft brav nachgekommen. Einige Beispiele und Zahlen:

- In den letzten 10 Jahren wurden in Österreich 5 Spitäler, über 40 Spitalsabteilungen geschlossen, über 4.500 Akutbetten abgebaut – Betten, die jetzt bei Corona dringend gebraucht würden, oder 19 von 131 landesgesundheitsfonds-finanzierten Krankenanstalten geschlossen. Weitere Pläne sind erschreckend: so sollen gerade in der Weststeiermark (Bezirk Liezen) trotz Bevölkerungsvotum dagegen, drei Regionalspitäler zu einem zentralisiert werden. In Wien ist geplant, 5 von 12 Spitälern bis 2030 zu schließen (Quelle: Solidarwerkstatt).
- Die Zahl der Kassen-Vertragsärzte sinkt ständig, ein Kassenarzt muss heute um 10% mehr Patienten versorgen als 2009
- Bis 2030 fehlen in der Pflege 25.000 Pflegekräfte, bis 2050 sogar an die 80.000; Pflegegeld wurde gekürzt – das bedeutet schlechtere Betreuung und damit den früheren Tod von älteren Menschen
- Die Arbeitsbelastung für Beschäftigte im Gesundheitswesen wurde stärker – 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche, Kürzung der Ruhezeiten, mehr Wochenenenddienste, usw.
- Durch die „Kassenreform“ der vorigen türkis-blauen Regierung kommt es bei der neuen Gesundheitskasse (ÖGK) aller Arbeiter*innen und Angestellten, bis 2024 zu einem Defizit von 1,7 Milliarden Euro. Der ÖGK-Chef spricht schon von „Gürtel enger schnallen“ – also mehr Kosten oder Leistungskürzungen, wieder für die Wenigverdiener*innen.

- Das Bundesheer hat um Milliarden Steuergelder die sauteuren Eurofighter gekauft, dafür aber die Sanitätsversorgung fahrlässig heruntergefahren. Hätte es heute noch die Kapazitäten wie vor 20 Jahren, könnten in der Corona-Krise sofort 3.000 zusätzliche Spitalsbetten bereitgestellt werden. Auch die Heerespitäler wurden kaputtgespart und sind keine Reser-
vespitäler mehr (Quelle: Standard, 17.3.2020)
- Was Kürzungen im Gesundheitssystem noch ganz ohne Corona-Epidemie bedeuten, zeigt die „Sanierung“ im Interesse der Banken und Konzerne im Zuge der Finanzkrise von 2008: in Griechenland sank die Lebenserwartung um 2 Jahre, in Großbritannien wird geschätzt, dass es durch die Folge der „Sparpolitik“ dieses Jahr bis zu 200.000 Tote mehr geben wird als ohne diese Politik des Kürzens in alle Sozialbereichen (Quelle: Solidarwerkstatt, Independent).
- Dass in Italien oder Spanien jetzt so viele Menschen sterben, hängt damit zusammen, dass seit vielen Jahren dort im Gesundheitssystem gekürzt wird oder Leistungen an private Betreiber, die an Personal und Geld sparen, ausgelagert werden. Mit dem Ergebnis, dass z.B. jüngst in Spanien in Pensionistenheimen ältere Menschen tot aufgefunden wurden!
- Dass in der italienischen Region Lombardei (10 Millionen Einwohner) das Coronavirus so wüten kann hängt damit zusammen, dass a) dort das Gesundheitssystem in vielen Bereichen privatisiert ist, wie der Kardiologe Federico Bellavere aufzeigte, d.h. weder nötige Ausrüstung, noch nötiges Personal vorhanden ist und b) Politik und Behörden zu spät reagiert haben.
- In der Nachbarregion Venetien (4,9 Millionen Einwohner) ist die Todesrate nicht so hoch. Warum? Einer der Gründe: „Wir testen nicht nur die Personen mit Symptomen, sondern auch ihr gesamtes soziales und geografisches Umfeld“. Es werden auch Familien, Freunde und alle Kontakte von Infizierten getestet, ebenso alle Personen im Gebäude sowie die gesamte Nachbarschaft im Umkreis von 50 Metern. Auch der Bewegungsradius werde rekonstruiert, „denn hier muss er sich angesteckt haben“. Alle so gefundenen Infizierten könne man dann isolieren, so der Virologe Andrea Grisanti von der Universität Padua und Leiter der Testoffensive (Ö1, 20.3.2020).

Wenig vertrauensbildend

Viele offizielle Maßnahmen und Infos zu Corona sind widersprüchlich und nicht gerade vertrauensbildend. So sagte Kanzler Kurz z.B. anfangs, es werde keine Ausgangssperren geben. Einen Tag später waren in Tirol ein ganzes Tal und mehrere Orte, in Kärnten Heiligenblut mit Ausgangssperren belegt. In Ischgl wurden Corona-Warnungen aus Island und Norwegen acht Tage lang missachtet! Wirtschaft geht vor Gesundheit! Umgekehrt wurden seit 15. März stündlich und täglich Ausgangsverbots-Regelungen für ganz Österreich verschärft. Jetzt soll der Ausnahmezustand schon bis nach Ostern und länger aufrecht bleiben. Und dann?

Vor diesem Hintergrund wird Aktivität produziert,

damit ja nicht ins Bewusstsein der Bevölkerung dringt, dass das Gesundheitssystem in Österreich schon halb an die Wand gefahren wurde. Die Regierung hofft, dass jetzt ihre „strengen Maßnahmen“ und das Wohlverhalten der breiten Masse den Kelch Corona noch einmal vorbeigehen lässt

Regierung: Inszenierung als Corona-„Retter“

Statt früherer eine richtige Sozial- und Gesundheitspolitik zu machen, sollen uns jetzt angeblich Polizei und Militär vor Corona schützen. Schon jetzt stellt sich die Regierungsspitze als „Retter“ und „Beschützer“ der Bevölkerung hin. Das wird sie erst recht dann tun, wenn Corona besiegt sein sollte. Warum? Sie haben den Zorn der Bevölkerung zu fürchten, wenn nicht ab sofort in die richtige Richtung gehandelt wird. Denn die Gefahr droht langfristig von einem weiteren Kaputtsparen des Sozial- und Gesundheitsbereichs mit tödlichen Folgen – schon im „Normalbetrieb“ – wie oben am Beispiel anderer Länder gezeigt wurde – und erst recht im Falle von Seuchen. Oder ist das den (Un-) Verantwortlichen gar egal? Es offenbart sich auch das Versagen und die Hilflosigkeit der Politik als Folge ihrer Willfährigkeit der Wirtschaft gegenüber. Besonders krass und gemeingefährlich zeigt sich das in Tirol!

Gleichzeitig sehen wir, wie wichtig ein solidarisches, öffentlich organisiertes und finanziertes Gesundheitssystem ist, das bei uns noch(!) besser als in anderen Ländern arbeitet. Ansonsten hätten auch wir italienische oder spanische Verhältnisse. In Zukunft muss es daher heißen: mehr Mittel und qualifiziertes Personal für Soziales und Gesundheit. Kein Sparen und Kürzen bei der Gesundheit für alle zu Gunsten der Gewinnmaximierung von Banken, Versicherungen und Konzernen! Schluss damit!

Nein zum „starken Mann“. Nein zum „starken Staat“.
Ja zum starken, solidarischen SOZIALSTAAT!

„Virenschutz für die Wirtschaft“?

Als Schutz vor dem Virus heißt es jetzt einmal „zu Hause bleiben“ Damit die Menschen zu Hause bleiben und ihre Kinder betreuen können, müssen sie „Sonderurlaub“ beantragen. Der wird von ihrem normalen Urlaub abgezogen und kann vor allem nur dann genommen werden, wenn die Chefs zustimmen. Betteln beim Chef statt bezahlter Sonderurlaub aus Gründen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes für alle. Schaut so der Schutz all derer aus, die noch arbeiten müssen? Was ist wichtiger? Die Gesundheit oder Firmeninteressen?

Schon jetzt sind im Windschatten von „Zusammenhalt“-Predigt und Corona auf politischer und wirtschaftlicher Ebene einige Trittbrettfahrer unterwegs, die die Bereitschaft zum Zusammenhalt in der Bevölkerung auszunutzen oder gar in andere Bahnen zu lenken versuchen.

Trotz aller Beteuerungen zum Zusammenhalt, dass wir alle ein „Team Österreich“ bilden sollen, nutzen Wirtschaftsexperten die Situation der Stunde: So forderte WIFO-Chef Badelt, es braucht jetzt einen „Virenschutz für die Wirtschaft“ (Krone, 14.3.2020). Finanziell kein Problem. Durch die Niedrigzinsen der vergangenen Jahre ersparte sich Österreich „einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag“, so Ulrich Schuh, Leiter des Wirtschaftspolitischen Zentrums (Krone, 14.3.2020).

Tatsächlich hat dann die Regierung zuerst vier, dann sechs, und schließlich 38 Milliarden Euro locker gemacht – für die Wirtschaft. Erwirtschaftet und bezahlt haben sich das ja die arbeitenden Menschen sowieso schon selbst davor. Wir hoffen, dass dann auch die arbeitenden Menschen etwas davon haben. Denn gleich in den ersten zehn Tagen der Ausnahmeregelungen haben die Unternehmer schon 150.000 Menschen arbeitslos gemacht!

Die Regierung ruft gleich darauf die arbeitslos gemachten Menschen oder Studenten-*innen auf, sich bei Supermärkten, bei Erntehilfe, für die Fleischproduktion zu melden. In den meisten Fällen, wenn nicht „Freiwilligenarbeit“ oder geringfügig, doch zu erheblich weniger Lohn als im vorigen Job.



Was ist mit den Milliardengewinnen und Reserven, die Banken, Versicherungen und Konzerne seit der Finanzkrise angehäuft haben. Warum fließen diese nicht ins „System Zusammenhalt“? Aber jetzt wieder zum Staat betteln gehen? Der AUA-Chef z.B. sagte nach Einstellung der AUA-Flüge: „Unsere Kriegskasse ist voll“. Na also! Firmen bekommen die Ausfälle abgegolten, während die Menschen entweder gekündigt werden oder Kurzarbeit haben oder sich zu Hause mit "Homeoffice" bei Haushalt und Kindern weitermühen müssen.

„Experten“ wie Philosophen oder Zukunftsforscher werden in den Medien bemüht um zu propagieren, dass wir aus der „Corona-Krise“ lernen sollen: uns an Homeoffice, Digitalisierung, an solche Situationen wie sie jetzt oder auch bei Blackouts kommen könnten, zu gewöhnen: an Ausgangssperren und Einschränkungen. So meinte etwa der in den Medien gerne herumgereichte deutsche „Philosoph“ Richard Daniel Albrecht auf die Frage eines Journalisten, ja, die Menschen heute hätten so

etwas wie eine „Sehnsucht nach Ausnahmezustand“, weil ihnen fad, die Welt ereignislos sei. Das sind Kapitalisten-Philosophen, die uns noch einreden wollen, dass wir die katastrophalen negativen wirtschaftlichen und gesundheitlichen, ja tödlichen Folgen dieser Art zu Wirtschaften selbst wollten.

Weiters wird propagiert, dass die jetzigen Notstandsgesetze á la „Team Österreich“ zur „Wiederauferstehung des Systems“ (Kurz) ja auch für die Bewältigung des Klimawandels von Vorteil wären. Also „Klimanotstand“ für die Masse der Bevölkerung, aber bei gleichzeitiger prinzipieller Aufrechterhaltung „des Systems“ der Profitwirtschaft, das uns erst in diese Situationen gebracht hat.

Wir sollen das Gesundheit, Umwelt, Klima und Demokratie zerstörende Profitsystem mit seinen Folgen wie Krisen, Konflikten, Überwachungsstaat und Kriegen akzeptieren.

Wir sollen nicht erkennen und uns bewusst machen, dass das Profitsystem die Ursache der immer häufiger auftretenden zerstörerischen „Krisen“ ist. Wir sollen daran gewöhnt werden, als gäbe es keine Alternative. Man will uns dafür gefügig und vergessen machen, dass ein Gesellschaftssystem nur dann menschenwürdig und sozial ist, wenn es die Menschen vor genau solchen Zuständen schützt. Was wäre mit „Viren-Schutz“ vor Globalisierung und Kapitaldiktatur, welche Sozialstaat und Demokratie aushöhlen und abschaffen?

Schleichend in den Dauer-Ausnahmezustand?

Wohin die Reise für die Kapitalisten gehen soll, deutet der „Kurier“-Kommentar bereits am 15.3.2020 zu Corona an:

„Das Paket der Regierung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist richtig [...] Man geizt nicht mit ein paar Millionen herum, sondern greift tief in die Kassen[...]. Zugleich müssen jetzt aber Pleitewellen und Masse arbeitslosigkeit verhindert werden [...] Die Regierung sagt es noch nicht: Aber es wird auch keine Steuerreform geben [...] Uns steht eine schwere Wirtschaftskrise bevor [...] So wie zur Zeit der großen Depression 1929. Es wird bald Notverstaatlichungen geben und weitere Milliardenpakete [...] Gut, dass es die Sozialpartner gibt. Das Krisenmanagement klappt. Das wird es weiterhin brauchen.“

Schon lange warnen kritische Ökonomen, Gewerkschafter und Politiker, dass die kapitalistische Profitblase platzt. Jetzt wird von den Herrschenden offensichtlich Corona zum Anlass genommen, eine neue Art des Krieges gegen die Masse der arbeitenden Menschen zu führen:

- Ausnahmegesetzgebung, das alte Epidemiegesetz wird wie selbstverständlich entsorgt - es hätte ja für Unselbständige Vorteile gehabt
- Überwachungsstaat: A1 hat der Regierung die Bewegungsdaten der Österreicher*innen angeboten, um „das zu Hause bleiben“ überwachen zu können; Telekommunikationsgesetz mit erweiterten Befugnissen für österreichweite Warnungen an die Bevölkerung mit Gültigkeit bis Ende 2020 wurde beschlossen.

- Das Bundesheer wird in Alarmbereitschaft versetzt, Grundwehr- und Zivildienstler müssen länger dienen.
- Milizsoldaten werden einberufen, voraussichtliche Dauer: bis Anfang August 2020! Wenn nicht für den Sanitätsbereich (siehe oben), wozu dann – zur vorbeugenden Aufstandsbekämpfung?
- Heranziehung des Volksvermögens zur Profitabsicherung mit Hilfe von Notstandsgesetzen.

Anlässlich der Maßnahmen gegen das Coronavirus erfolgt gleichzeitig eine weitere Umverteilung von unten nach oben. SPÖ- und ÖGB-Spitzen machen mehr oder weniger mit. Der ÖGB „freut“ sich, dass er als Sozialpartner wieder gefragt ist, will die Auswirkungen lindern. Der ÖGB ist für die Wirtschaft als Sozialpartner nur dann gut, wenn es darum geht, die Kapitalinteressen auf dem Rücken der Arbeiter*innen und Angestellten zu wahren. Die SPÖ kritisiert zwar, dass Türkis-Grün fast alles alleine mit ihrer knappen Mehrheit gegen die Arbeitenden entscheidet, verlangt die „volle Kontrolle des Parlaments“ über die Notstandsgesetze – das wars dann aber auch schon. Und Neos-Abgeordneter Schellhorn hat im Parlament gemeint, dass niemand glauben soll, dass nach Corona die 38 Milliarden Euro, die jetzt für die Wirtschaft freigemacht werden, durch eine Vermögenssteuer zurückgeholt werden können. (Standard, 20.3.2020)

Dagegen soll und darf keine/r protestieren – wegen Ansteckungsgefahr. Gegen Corona zu protestieren ist auch schwierig. Gegen Notstandsmaßnahmen und Umverteilung von unten nach oben im Corona-Windschatten dürfen wir jetzt per Ausnahmegesetz auch nicht protestieren oder streiken.

Es geht um unsere Zukunft

Wir müssen die Situation im Interesse unserer Gesundheit und einer solidarischen gesellschaftlichen Zukunft sehr, sehr wachsam verfolgen. Und uns vorbereiten für die Zukunft – unsere Angelegenheiten nicht Regierung und Industrie überlassen, sondern gemeinsam und selbständig in die Hand nehmen. Andernfalls haben wir keine lebenswerte Zukunft! Das heißt: Ausbau statt Kürzungen im Bereich Gesundheit, Pflege, Soziales, in der Sozialversicherung, bei der AUVA. Keine Zentralisierung und/oder Privatisierung von Spitälern, Pflege- und Reha-Einrichtungen.

Auch beim Kampf gegen die Klimakatastrophe, für den so manche Herrschende und Wissenschaftler*innen die jetzigen Corona-„Ausnahmeregelungen“ als Modell und Ausweg sehen, gilt: Nicht „einsperren“ der Masse der Menschen kann die Lösung sein, sondern zurückdrängen, verändern und umgestalten und letztlich aussperren der jetzigen Gesundheit und Leben der Menschen zerstörenden profitorientierten Wirtschaftsweise.

Anzupacken, dazu sind die Menschen bereit, wenn es darum geht, Krisen zu bewältigen und alles in Gang zu halten und wieder für die Bevölkerung ver-

Corona-Virus: Eine echte, große Gefahr für Gesundheit und Leben der Menschen

„Der Planet Erde ist heute weitgehend eine einzige große industrielle Agrarfabrik, sowohl in Bezug auf die Biomasse, als auch die Landnutzung. Die Agrarindustrie versucht, den Lebensmittelmarkt zu beherrschen. Das neoliberale Projekt ist darauf ausgerichtet, Unternehmen aus den entwickelteren Industrieländern dabei zu unterstützen, Land und Ressourcen schwächerer Länder zu stehlen. Als Folge dessen werden viele dieser neuen Krankheitserreger, die zuvor in den über lange Zeiträume entstandenen Waldökosystemen gebunden waren, freigesetzt und bedrohen die ganze Welt ...

Die nach kapitalistischen Bedürfnissen organisierte Landwirtschaft, die an die Stelle der natürlichen Ökologie tritt, bietet genau die Mittel, durch die ein Krankheitserreger die gefährlichste und ansteckendste Erscheinungsform entwickeln kann. Ein besseres System zur Züchtung tödlicher Krankheiten lässt sich kaum entwickeln ...

Durch Züchtung genetischer Monokulturen von Nutztieren werden alle eventuell vorhandenen Immunschranken beseitigt, die die Übertragung verlangsamen könnten. Eine große Tierpopulation und -dichte fördert hohe Übertragungsraten. Solche beengten Verhältnisse beeinträchtigen die Abwehrkräfte des Immunsystems der Tiere. Ein hoher Durchlauf von Tieren, der Teil jeder industriellen Produktion ist, versorgt die Viren mit ständig neuen Wirtstieren, was die Ansteckungsfähigkeit der Viren fördert. Mit anderen Worten: Die Agrarindustrie ist so auf Gewinn ausgerichtet, dass die Entscheidung für ein Virus, das eine Milliarde Menschen töten könnte, das Risiko wert zu sein scheint ...

Diese Unternehmen können die Kosten ihrer bezüglich des Ausbruchs von Epidemien gefährlichen Operationen einfach allen anderen aufbürden: den Tieren selbst, den Verbraucherinnen und Verbrauchern, den Bauern, den lokalen Gemeinschaften und den Regierungen quer über alle Zuständigkeitsbereiche. Die Schäden sind so umfangreich, dass das Agrobusiness, wie wir es kennen, für immer erledigt wäre, wenn wir diese Kosten in die Unternehmensbilanzen einrechnen würden. Kein Unternehmen könnte die Kosten für die von ihm verursachten Schäden tragen.“

(Interview mit dem Evolutionsbiologen Rob Wallace, 15. März 2020, in: <https://amerika21.de/analyse/238220/coronavirus-und-agrarindustrie>).

verträglich zu machen. Das haben die Menschen immer wieder bewiesen. Es kann und darf nicht sein, dass sich – wie in der Vergangenheit – immer wieder diejenigen Wirtschafts- und Politeliten, die uns das eingebrockt haben, wieder festsetzen und nachher weiter machen wie zuvor. Das haben wir schon bei den AKW-Unfällen gesehen: Nach jedem Super-GAU wurde beruhigt, mit jedem weiteren wurde es schlimmer: die negativen Auswirkungen, die Verharmlosung und das Verschweigen (siehe dazu auch unser Artikel zu Fukushima in dieser Ausgabe). Bei der Klimakatastrophe hat das noch umfassendere Folgen.

Fortsetzung und Schluss – letzte Seite

Fukushima ohne Ende – Energievorbild Japan???

Wir haben in unserer Ausgabe vom Dezember 2019 recht ausführlich über die Pläne der AKW-Betreiberfirma TEPCO berichtet, die bisher in riesigen Tanks gelagerten radioaktiven Abwässer der Katastrophenreaktoren von Fukushima in den Pazifik abzulassen. Auch auf die Gefahren, die mit einer Vergiftung der biologischen Lebensgrundlage Wasser, durch das Einleiten von 1,2 Millionen Tonnen radioaktivem Abwasser verbunden sind, haben wir in unserem Artikel deutlich hingewiesen.



Die japanische Regierung hatte damals ein Expertengremium des Innenministeriums eingesetzt, welches sich nun dafür ausgesprochen hat, die strahlende Brühe ins Meer zu leiten, um sie dadurch zu verdünnen und zu „entschärfen“. Laut ihren Angaben ist das **„eine sichere Methode, da sie auch bei normalen Atomreaktoren angewandt werde“**. Ein alternativer Vorschlag sieht vor, das Abwasser zu verdampfen und den radioaktiven Dampf in die Umgebungsluft abzugeben. Der entstehende radioaktive Wasserdampf würde dann direkt über die Luftfeuchtigkeit eingeatmet oder sich über Wind und Regen über das Land verbreiten. Die aufsteigende Wasserdampfsäule wäre jedoch deutlich zu sehen. Die Einleitung ins Meer wird deshalb favorisiert. Eine endgültige Entscheidung der Regierung wird trotz der Dringlichkeit wegen der vollen Speichertanks nicht vor den Olympischen Spielen im nahen Tokio im Sommer dieses Jahres erwartet, da die Angst vor einem möglichen Imageschaden zu groß ist.

Die Berufung auf die übliche Praxis beim Betrieb **„normaler“** Atomreaktoren einfach radioaktive Abfälle in die Umwelt abzuscheiden ergibt ein deutliches Bild für das perverse und menschenverachtende Weltbild dieses Industriezweigs. Diese Praxis

wird jedoch von der Interessenvertretung der weltweiten Atomlobby, der IAEA (Internationale Atomenergie Agentur) mitgetragen und unterstützt. Diese UNO-Organisation hat ihren Sitz im UNO-Zentrum in Wien und betreibt Laboratorien in Seibersdorf.

IAEA, die Schutzpatronin der Atomclans und ihrer politischen Büttel

Im Falle des radioaktiven Abwassers in Fukushima argumentiert die IAEA folgendermaßen: *„Tritium ist für den Menschen nur in sehr hohen Dosen schädlich und dass ordnungsgemäß gefiltertes Wasser mit Meerwasser verdünnt sicher in den Ozean geleitet werden könne, ohne Umweltprobleme zu verursachen“*. Diese massive Unterstützung für das japanische Vorgehen kommt nicht unerwartet. War doch der Generaldirektor der IAEA Rafael Mariano Grossi am **24. Februar 2020**, also aus aktuellem Anlass bei einem offiziellen Besuch in Tokio beim rechtsnationalistischen Premierminister Shinzo Abe.

Herr Grossi fühlte sich durch das Zusammentreffen mit dem Premierminister und anderen Ministern seiner Regierung, sowie Vertretern der Atomindustrie und deren hohe Anerkennung für die wissenschaftliche und objektive Ausübung des IAEA-Mandats, ermutigt in dieser Weise weiterzumachen. Herr Grossi bedankte sich bei dieser Gelegenheit auch für die großzügige finanzielle Unterstützung der IAEA durch Japan. Japan ist mit etwa 70 Millionen Dollar der drittgrößte Beitragszahler für das ordentliche Budget der IAEA und leistet zudem auch beträchtliche außerbudgetäre Zahlungen. Für Grossi und die IAEA war es dabei wichtig, nicht nur mit Regierungsvertretern, sondern auch mit Vertretern der Industrie und größeren Gruppen der Privatwirtschaft zusammenzutreffen. Mit den japanischen Regierungsvertretern wurden Sicherheitsmaßnahmen, die Krebsbehandlung, die Lebensmittelsicherheit, das Wassermanagement und andere Entwicklungsfragen verhandelt.

Wer das Gold hat, der schafft die Regeln!

Diese Interpretation, bzw. Verballhornung des alten Ethikgrundsatzes (Goldene Regel) stammt vom austro-kanadischen Kleinspurologarchen Frank Stronach und dient auch der IAEA als Leitmotiv. Das erklärt, weshalb diese Organisation mit der japanischen Regierung und Industrievertretern über die Krebsbehandlung, die Lebensmittelsicherheit und das Wassermanagement verhandelt. Die Verursacher von katastrophalen Schäden bestimmen damit, was der betroffenen Bevölkerung an Folgeschäden aufgebürdet wird. So werden dann sogenannte **„bedarfsorientierte Grenzwerte“** kreiert, die nur den Bedürfnissen der verur-

sachenden Großindustrie entsprechen und wer durch die ausgetretene Radioaktivität als erkrankt gilt oder an Krebs, selbst in Nachfolgegenerationen stirbt, definiert auch die Atomindustrie zusammen mit der IAEA und der Politik. Mit den IAEA Daten über die freigesetzte Radioaktivität und den ebenfalls von ihr mitbestimmten Grenzwerten wurde die Zahl der unmittelbaren Opfer und der folgenden Krebstoten in Russland, Weißrussland und der Ukraine nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl auf **8.930** geschätzt (Tschernobyl-Forum).

Namhafte Wissenschaftler, darunter der Biologe Alexej Jablokow von der Russischen Akademie der Wissenschaften, kommen mit realistischeren Annahmen über die Verbreitung der Radioaktivität und deren biologischer Wirkung zu weitaus größeren Opferzahlen: nämlich **1,44 Millionen Toten weltweit**. In Japan zeigt sich nun eine Wiederholung der Zahlen- und Meinungsmanipulation durch die Atomlobby und ihrer Erfüllungsgehilfen in Politik und UNO-Organisationen.

Die IAEA-FAO-WHO-Absprachen

Die Basis dazu wird durch die wenig bekannte Tatsache geschaffen, dass die **IAEA seit 1964 eine ganz enge Kooperation mit der FAO** (Food and Agriculture Organisation der UNO) **hat**. Hier wird weltweit über Lebensmittelversorgung und –sicherheit (Meer und Land) sowie die weltweite Reinheit und Versorgung mit Trinkwasser auch von IAEA-Seite mitbestimmt und analysiert.

Bei der 8. Weltgesundheitsversammlung **1959 wurde von der IAEA ein Vertrag mit der WHO** (Weltgesundheitsorganisation) **unterzeichnet**, der festlegt „*dass die Verantwortung für Untersuchungen, Entwicklungen und Anwendungen auf dem Gebiet der Kernenergie primär bei der IAEA liegt und die WHO bei entsprechenden Aktivitäten die IAEA zu konsultieren habe und diese einvernehmlich zu regeln seien*“.

Dieser Vertrag hat bis heute verhindert, dass die Opferzahlen von Tschernobyl mit der Erfassung der Folgeschäden auch nur einigermaßen wissenschaftlich abgeschätzt werden konnten und in Risikoeinschätzungen der WHO berücksichtigt werden können.

Bei der IAEA und ihren Beitragszahlern, sowie der Atomindustrie und der beteiligten Politik ist mit Hilfe der FAO und der WHO alles im Sinne der Industrie und gegen die Bedürfnisse der geschädigten Bevölkerung geregelt.

Vielleicht wird sogar durch eine Entscheidung der WHO, wegen des Coronavirus die Olympiade auszusetzen, es für die japanische Regierung möglich, doch noch schnell, leise und ohne Imageverlust die radioaktiven Abwässer in den Pazifik zu leiten.

Wofür der viele Strom in Japan?

Die Atomwirtschaft muss in Japan auch wegen der Klimakrise am Ball bleiben. **Für die IAEA ist** entsprechend ihrer Publikationen, „*die Atomenergie eine der tragenden Säulen im Kampf gegen den Klimawandel und sie unterstützt gerne alle Staaten, welche die Atomenergie einführen oder weiter betreiben möchten bei Energie-, Umwelt- und Wirtschaftsfragen*“.

Japans rechtsnationale, populistische Regierung strebt eine Zukunft mit Wasserstoff als Hauptenergieträger an. Wasserstoff soll mit elektrischer Energie durch elektrolytische Spaltung von Wasser erzeugt werden und dann in Form von Brennstoffzellen wieder Strom für Fahrzeuge, Heizungen und Beleuchtungen von Häusern und Straßen liefern. Da dazu aber, die zum Teil noch darniederliegenden Atomreaktoren nicht reichen und neue auch nicht schnell genug gebaut werden können, setzt Japan auf einen massiven Einsatz von Kohlekraftwerken. Es sind bereits sechs Anlagen mit 1,9 Gigawatt Kapazität im Bau und weitere 49 Kohlemeiler mit 28 Gigawatt in verschiedenen Phasen der Planung, mit so viel Leistung wie 25 große Atomreaktoren. Wie Greenpeace und die Umweltschutzgruppe Kiko Network berichten würden die geplanten Kraftwerke die Umwelt so stark vergiften wie 21 Millionen Autos und 10.000 Menschen vorzeitig töten.²⁾

Da Japan selbst ja keine Kohlevorkommen hat, kommt Australien in den Profitfokus. „Im südaustralischen Morwell liege genug Braunkohle, um die japanische Stromerzeugung für 240 Jahre zu sichern“, heißt es in einer Präsentation des Kawasaki-Konzerns, der wie viele andere Unternehmen in die Wasserstoffstrategie der Regierung einbezogen ist. Schon zu den Olympischen Spielen 2020 sollen wasserstoffgetriebene Busse Sportler und Besucher kutschieren, die Zahl der Tankstellen im Land wird ausgebaut. Neue Lieferketten und erdbebensichere Leitungen für Wasserstoff werden erprobt. Das Wirtschaftsministerium allein subventioniert diese Strategie jedes Jahr mit mehr als 300 Millionen Euro. Noch ist das Wasserstoff-Auto etwas für Liebhaber: In Deutschland z.B. kosten Prototypen etwa 80.000 Euro, 65 Stück waren Ende 2017 zugelassen. Dort, wie in Japan hofft Toyota auf einen schnellen Aufschwung, der mit erheblichen staatlichen Zuschüssen gefördert wird. Statt 40.000 sollen in Japan bald 200.000 und im Jahr 2030 gar 800.000 „emissionsarme“ Wasserstoffautos auf der Straße sein.

Moderne Fassade auf Ruinen!

Japan zeigt ein weiteres Beispiel, wie der fossile Wahn mit populistischen, nationalistischen Rechtspolitikern auf die Spitze getrieben wird. Japan ist ein Inselstaat mit einem riesigen Reservoir

an Gezeitenenergie, gigantischem Wind- und Sonnenenergiepotenzial und wie Island von Vulkanen und damit geothermischer Energie durchsetzt. Dieser Staat, der auf einem unvergleichbaren Energieüberschuss erneuerbarer Energien sitzt, beschließt, seine gesamte Energieversorgung auf importierte und nachweislich total unsichere Atomenergie (Tschernobyl, Fukushima ...) und auf eine ebenso importierte und nachweislich gesundheits- und klimaschädliche Kohleverbrennung aufzubauen. Mit der energetisch enorm verlustreichen Stromerzeugung durch Atomenergie und der ebenso verlustreichen Verstromung von Kohle, die beide nach dem Dampfkesselprinzip arbeiten, soll mit ebenso großen Verlusten elektrolytisch Wasserstoff und dann letztlich wieder Strom durch Brennstoffzellen erzeugt werden.

Die Dampfmaschine stammt aus dem frühen 18. Jahrhundert, der Elektroantrieb aus dem 19. Jhd (Radnabenmotor im österreichischen Lohner-Porsche), die Brennstoffzelle wurde 1839 erfunden und im frühen 20. Jhd gab es schon Hybridantriebe mit der Kombination von Verbrennungs- und Elektromotoren. Also Technik, nicht von gestern oder vorgestern, sondern aus den vorherigen oder vorvorherigen Jahrhunderten, die nun ein sogenanntes Hochtechnologieland mit Robotern und Künstlicher Intelligenz vordringlich zum Antrieb von individuell betriebenen PKWs einsetzen will.

Das heißt nicht, dass modernisierte Varianten dieser alten Technologien ihre Anwendungsgebiete in der heutigen Welt haben, aber sicher nicht in der von Japan geplanten Form. Man plant dort mit Energievernichtung, ungeheurer Verschmutzung der Umwelt und Hochrisikotechnologie verbunden mit fatalen Klimaauswirkungen, Wasserstoff für Brennstoffzellen zu erzeugen. Dieser Wasserstoff wird dann unter Entstehung von Wasserdampf verbrannt.

Wasserdampf ist aber das eigentlich entscheidende Gas im Klimageschehen, da die durch die Erderwärmung immer wärmere Luft immer mehr Wasser aufnehmen kann, was letztlich in der Stratosphäre die Abstrahlung von Wärme in den Weltraum verhindert. **Wasserdampf ist also der Hauptmotor der Hitzespirale** und obwohl die durch den Menschen bedingte direkte Erhöhung des Wasserdampfes derzeit noch als gering eingeschätzt wird, geht die starke zusätzliche Freisetzung, klimatisch mit Sicherheit in die falsche Richtung. Bei einer städtisch enorm verdichteten Bevölkerung, wo dann im Regelfall eine Person auf einer Fläche von acht Quadratmeter und mit einem Gewicht von 1,5 Tonnen sich fortbewegt, das Fahrzeug aber die meiste Zeit einen sehr teuren Stehplatz in Anspruch nimmt ist ein individualisierter PKW-Massenverkehr untragbar.



Großindustrielle Wahnideen als Vorbild

Japan sieht seine, so gestaltete „Energiewende“ als Modell für andere Länder. Im nächsten Jahr will die Regierung ihre Präsidentschaft innerhalb der Gruppe der größten Volkswirtschaften (G20) dazu nutzen, auf der ganzen Welt für die Wasserstofftechnologie zu werben, sagt Masashi Hoshino, ein Fachmann aus dem Wirtschaftsministerium. Man werde andere Staaten aufrufen, gemeinsam einen Wasserstoffrat zu gründen, um der Technologie zum Durchbruch zu verhelfen. Auch in unseren Breiten werden ähnliche Wasserstoff-Visionen verbreitet. So träumen die sogenannten Visegrád Staaten und auch der Balkan von der Elektrizität durch Kohle und Atomenergie und in Österreich haben hohe Amtsträger ganz ähnliche Wasserstoffblasen im Kopf.

Gemeinsam ist all diesen gesundheits-, umwelt- und klimaschädlichen, staatlichen Visionären von Washington über Australien, von Japan bis zum Balkan jedoch, dass der individuelle Massenverkehr mit PKWs und der Güterverkehr mit LKWs unbedingt weiterhin auf der Straße verlaufen muss. Wenn irgendwie möglich soll das mit automatisch gesteuerten Fahrzeugen geschehen, um dieser Verkehrsform mit dem 5G Netz eine moderne Fassade zu verleihen. Dazu muss das Straßen- und Autobahnnetz dringlichst ausgebaut und erweitert werden. Der öffentliche Verkehr und Energiealternativen werden nach wie vor vernachlässigt (in Bayern ist der Anteil von erneuerbarer Energie schon rückläufig).

1) <https://www.iaea.org/newscenter/news/japanese-prime-minister-abe-highlights-important-role-of-iaea-in-talks-with-director-general-grossi>

2) <https://japanmarkt.de/2016/05/20/unternehmen-und-maerkte/japan-baut-kohle-kraft-gegen-den-trend-aus/>

Neutralität statt Kriegspropaganda und Kriegsteilnahme

Auch die neue, nun türkis-grüne, Regierung setzt die Propagandawelle, „die Neutralität im Munde führen“ und die Neutralität gleichzeitig verletzen, nahtlos fort.

Im neuen Regierungsprogramm wird u.a. von Österreichs „Solidarität innerhalb der Europäischen Union“ geschrieben und dazu werden 1.100 Bundesheer-Soldaten als „Dauerleistung für Auslandseinsätze“ garantiert. Gleichzeitig heißt es: „Die Neutralität Österreichs ist unumstößlich“.

Welche Heuchelei! Gleichzeitig verräterisch und entlarvend, denn „immerwährende Neutralität“, wie es im Bundesverfassungsgesetz heißt, steht nicht mehr im Programm.

Das österreichische Bundesheer hat derzeit offiziell ca. 800 Soldaten im Ausland stationiert, vor allem im Kosovo, Bosnien und Libanon aber auch einige z.B. in Mali und Afghanistan. Was haben Österreichs Soldaten dort zu suchen? Die Einsätze stehen nicht nur unter UNO-Mandat, sondern zunehmend unter NATO- und EU-Schirm. Diese Auslandseinsätze laufen zwar bis heute unter den schönen Schlagworten der Friedenssicherung bzw. den Menschen Freiheit, Demokratie und Sicherheit zu bringen bzw. diese zu bewahren. Doch in Wahrheit setzen die in Europa führenden Mächte Deutschland (Wirtschaftsmacht) und Frankreich (Atommacht) zunehmend gemeinsam auf die militärische Karte: um Märkte zu sichern und auszubauen, um Rohstoffquellen und Einflusssphären zu erobern. Das wird auch im 2019 erschienenen Bundesheerbericht („Unser Heer 2030“) ziemlich klar. Dort heißt es u.a., dass im Rahmen der Verpflichtungen der PESCO (Permanent Structured Cooperation), zu Deutsch der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ), die unsere Regierung eingegangen ist, Österreich militärische Beiträge zur Stabilisierung des erweiterten Umfeldes im Nahen und Mittleren Osten oder in Afrika leisten müsse, um den „freien Zugang zu Ressourcen und Energieversorgung sicherzustellen“. Das bedeutet, dass Österreich bei den EU-Battlegroups (EU-Kampftruppen) in Kampfeinsätze z.B. in Mali und anderen Staaten der Sahelzone mitmacht, um dort vor allem für die großen Konzerne Deutschlands und Frankreichs Bodenschätze bzw. geopolitischen Einfluss zu sichern. In Mali z.B. gibt es u.a. Uran- und Goldvorkommen, weiters u.a. Bauxit, Phosphate, Salze, Eisenerze, Marmor, Blei und Zink. Hier geht es nicht um Frieden, sondern um Profitinteressen. Das Nachbarland Niger hat die größten Uranvorkommen der Welt und ist drittgrößter Uranlieferant der Welt. Es ist Hauptlieferant für französische Atomkraftwerke und liefert heute schon 40 % des Uranbedarfs Frankreichs. Auch Soldaten des atomfreien Österreichs würden dann unter Umständen den Grundstoff für Frankreichs Atomkonzerne und Atombomben bzw. Atomraketen sichern. Ein glatter Bruch des Atom-NEINS, des

österreichischen Atomsperrgesetzes und der immerwährenden Neutralität.

PESCO und Österreich

Seit Jahren höhnen die Regierenden in Österreich unsere Neutralität aus. Sie nehmen am neuen EU-Militärbündnis teil und haben schon 2017 den PESCO-Vertrag für ein militärisches Kerneuropa unterschrieben. PESCO beinhaltet unter anderem:

1. Massive Erhöhung des Heeresbudgets
2. ... „wesentliche Unterstützung in Form von Truppen und Material für EU-Auslandseinsätze bereitzustellen“. Das heißt, das neutrale Österreich entsendet Soldaten für globale EU-Konzern-Interessen
3. Zahlen für die EU-Rüstung, d.h. viele Millionen Euro für die Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern von unseren Steuern.

PESCO heißt, dass Österreich an künftigen EU-Kriegen, unter Führung Deutschlands und Frankreichs teilnehmen soll. Wie wichtig der EU PESCO ist, schrieb die Berliner Morgenpost schon am 8. Nov. 2017: „PESCO könnte für das Militär der EU einmal so bedeutsam werden, wie der EURO für die Wirtschaft“. Und die EU-Battlegroups sind die Speerspitze der EU-Armee für Auslandseinsätze.

Das österreichische Bundesheer hat zuletzt im November 2019 das größte Manöver (über 2.000 Soldaten plus ca. 200 aus Deutschland und Kroatien) in NÖ und OÖ absolviert. Es diente der Vorbereitung zur sogenannten „Zertifizierung 2020“, d.h. als Voraussetzung zur Aufnahme österreichischer Soldaten für den Einsatz in EU-Battlegroups bei deren Auslandseinsätzen.

Es ist also kein Zufall, dass in der Regierungserklärung das Wort Neutralität nur selten vorkommt, die **immerwährende Neutralität** gar nicht mehr erwähnt wird.

Die Regierung weiß, dass weiterhin über 80% der österreichischen Bevölkerung für die Beibehaltung unserer Neutralität sind und sie weiß, dass noch mehr Österreicher*innen eine Kriegsteilnahme unseres neutralen Landes entschieden ablehnen! Deswegen begleitet sie ihre Maßnahmen weiterhin mit dem Gerede, dass das alles mit der Neutralität vereinbar ist. Das ist gelogen. Mit unserer immerwährenden Neutralität und dem Staatsvertrag ist das alles unvereinbar!

Nicht die Teilnahme an EU-Kriegsvorbereitungen, sondern die Wahrung der Neutralität bringt Sicherheit und ist friedensstiftend. Das Bundesheer ist dazu da unsere Neutralität zu schützen und nicht für Auslandseinsätze mit der EU oder NATO.

25 Jahre Österreich in der EU

Um ein JA der Bevölkerung zum EU-Beitritt zu erlangen, hat man uns hoch und heilig versprochen, dass die Neutralität erhalten bleibt. Doch: **Die EU entwickelt sich schon seit vielen Jahren zu einem Militärbündnis unter Führung ihrer Großmächte.** So heißt es z.B. schon in der offiziellen Sicherheitsstudie der EU 2010: Die Sicherheitsherausforderungen sind

1. „Schutz des globalen technischen und ökonomischen Flusses. Das braucht die sehr enge Zusammenarbeit zwischen dem Kapital, den Regierungen und der Wissenschaft und ein breites Spektrum militärischer Kapazitäten, von dem Schutz der regionalen Mächte zum Schutz der Seewege bis zu hochtechnisierten militärischen Kapazitäten zur Intervention“.

2. Grenzsicherungsoperationen um die Reichen vor den Spannungen und Problemen der Armen zu schützen.

Mit PESCO (siehe oben) wurde 2017 der nächste Schritt der EU zur Militär- und Kriegsunion gesetzt. Trotz und gegen das Neutralitätsgesetz haben unsere Regierenden den Vertrag unterzeichnet.

Eine neue Flüchtlingswelle „droht“!!

Man kann es nicht mehr hören. Kurz und Seinesgleichen wiederholten diesen Satz bis zum Ausbruch des Corona-Virus in regelmäßigen Abständen und provozierten damit Assoziationen wie: Gefahr, Feinde, Angst, wir müssen uns verteidigen.

Im Jahr 2015 zeigte sich eine unglaubliche Welle an Solidarität und Hilfsbereitschaft der europäischen Bevölkerungen für die vor dem Krieg in Syrien flüchtenden Menschen. Auf Betreiben rechtskonservativer Politiker schlug die Stimmung um, besonders auch in Österreich: Asylgesetze wurden verschärft, Abschiebungen ausgeweitet, das Mindestsicherungsgesetz (auch für Österreicher*Innen) ausgehöhlt, der Überwachungsstaat ausgebaut.

Flüchtlingspolitik wurde umgedeutet, sie schützt die Grenzen, nicht die Flüchtlinge

Und diese Art von „Flüchtlingspolitik“ wird zum Vorwand genommen, ein großes Ablenkungsmanöver zu betreiben: Indem gesagt wird, „die Flüchtlinge bekommen nur und gefährden unseren Sozialstaat“, wird davon abgelenkt, wer wirklich den Sozialstaat gefährdet: Reiche und Konzerne, sie umgehen legal oder illegal Steuern, häufen Gewinne an, verschieben sie in Steueroasen und treiben und treiben ihre Börsen-Spekulationen zu Finanzkrisen, die für die Masse der Menschen Arbeitslosigkeit oder gar Armut bedeuten.

Auf diesem Weg dürfen wir nicht weitergehen und zunehmend mehr BürgerInnen und KommunalpolitikerInnen in Österreich wollen das auch nicht. Im Gegensatz zu Bundeskanzler Kurz und seiner Regierung sind sie nicht bereit diese menschenverachtende Haltung mitzutragen. Sie erklären sich bereit, Geflüchteten Schutz zu bieten. Aber ihre Rufe werden einfach überhört.

Die Aufgabe einer Regierung wäre jetzt, frühzeitig notwendige Strukturen zu schaffen, die darauf ab-

zielen, Flüchtlingsghettos zu vermeiden. Es gibt genug Konzepte aber auch Erfahrungen, wie eine sinnvolle Vorgangsweise in dieser Frage aussehen muss. Strategien, die die ansässige Bevölkerung nicht überfordern und ein Miteinander möglich machen. Dazu zählt in erster Linie eine Verteilung der Neuankömmlinge nicht nur auf österreichischem, sondern auch auf europäischem Gebiet.



aus: „Salzburger Nachrichten, 4. Februar 2020

Und wenn schon immer von Werten gesprochen wird, dann mögen sich alle EU-Mitglieder auf die europäische Grundrechtecharta besinnen und nötigenfalls auch Druck auf jene ausüben, die nicht bereit sind, diesen Werten entsprechend zu handeln. Zu Letzteren zählt leider auch Österreich mit seinem Bundeskanzler Kurz, der sich mit Staaten wie Ungarn, Polen, etc. solidarisch erklärt.

Es wird bereits jetzt eine Hetze betrieben, die allen rechten, rassistischen und demokratiefeindlichen Kreisen Auftrieb gibt. Auch wenn vorgeschoben wird, man wolle Rechtspopulisten das Wasser abgraben – das Gegenteil ist der Fall. Noch schlimmer, wir werden von Rechtspopulisten regiert!

Kriegsübung gegen den Osten

Die USA proben mit ihren europäischen NATO-Verbündeten die Mobilmachung mit ca. 37.000 Soldaten – das Manöver dient der Vorbereitung für den Krieg gegen Russland.

Seit Jänner werden schrittweise insgesamt ca. 20.000 US-Soldaten von den USA bis nach Polen, Estland, Litauen und Lettland, also an die Grenze Russlands verlegt. Weitere 9.000 in Europa stationierte US-Soldaten nehmen an dem Manöver teil, ca. 8.000 Soldaten stellen die NATO-Verbündeten aus anderen Staaten, allen voran Deutschland (mind. 4.000). Laut der deutschen Bundeswehr dient Deutschland als „Basis für Operationen, rückwärtiges Einsatzgebiet und Drehscheibe der Unterstützung“. Das Manöver soll bis Mai dauern und wird noch von neun anderen NATO-Nebemanövern begleitet.

Sowohl prominente Vertreter der deutschen Bundeswehr als auch die frühere „Kriegsministerin“ und jetzige Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen sprechen davon, dass die Strategie und Struktur der Truppe auf einen Sieg gegen Russland ausgerichtet ist. Ebenso hat die USA in ihrer nationalen Sicherheitsstrategie 2017 Russland (und China) als ihre Feinde benannt, die es, wenn erforderlich, zu besiegen gilt.

Russland, so wird behauptet, sei für den Westen eine Bedrohung, sei der Feind, der auch willens sei, in ein NATO-Land einzumarschieren. Doch selbst der ehemalige Gruppeninspekteur der deutschen Bundeswehr, Harald Kujat, sagte zu dieser behaupteten Annahme der Kriegstreiberfraktion, das sei völlig absurd und halte keiner rationalen Prüfung statt.

Eine sog. Bedrohung durch Russland ist jedoch nur eine Zwecklüge, um einen künftigen Krieg zu rechtfertigen. Die USA aber auch die europäischen Großmächte führen Kriege um Rohstoffquellen und Rohstoffwege, zur weiteren Ausweitung ihres Herr-

schaftsbereichs. Russland hat die größten Erdöl- und Erdgasvorräte der Welt und ist der wichtigste Staat in Eurasien. „*Wer Russland beherrscht, beherrscht Eurasien, wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt.*“ (USA-Sicherheitsberater Z. Brzezinski, 1997).

Zum Kriegsführen braucht es Milliarden an Steuergeldern. Und um Kriege zu rechtfertigen, braucht es einen Feind: Der Staat, die Regierung des Staates, der überfallen wird, wird zum „Bösen“ erklärt. Den eigenen Völkern soll damit Angst gemacht werden, so dass sie noch mehr Belastungen hinnehmen und sie auch die Opfer für die Kriegsvorbereitung willig akzeptieren und mitmarschieren.

2019 haben die NATO-Militärausgaben schon 1.000 Milliarden Dollar erreicht, das ist mehr als 16-mal so viel wie Russlands Militärbudget, das ca. 60 Milliarden beträgt. Deutschland hat nun auch erstmals ein Militärbudget von 60 Milliarden und rüstet zügig weiter auf. Die Milliarden an Steuergeldern werden wieder der Bevölkerung abgepresst.

Russland ist längst an fast allen seinen Grenzen von NATO-Staaten oder Staaten mit US-Militärstützpunkten eingekreist, es wird in seiner Existenz bedroht. Jede Russland-Hetze, jede Putin-Beschimpfung dient der Kriegsvorbereitung der USA und der europäischen Großmächte für einen großen Krieg – fürs große Geschäft.

Österreich ist neutral und darf bei all diesen „Manövern“ nicht mitmachen! Österreich muss eine aktive Neutralitätspolitik betreiben, das allein fördert unsere Sicherheit und den Frieden.

Das Manöver wurde wegen Protesten und Corona abgesagt. Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben – schon gar nicht bei Militärs und Kriegstreibern. So ist das Manöver im Übrigen nunmehr jährlich geplant. Das heißt, die **NATO-„Defender“-Manöver laut und deutlich verurteilen: heute, morgen, immer!**

EU-„Green Deal“, EURATOM und EIB

Atomförderung im Namen von Klimaschutz – eine todgefährliche Augenauswischerei

Der „Green-Deal“ der EU ist ein Hohn und eine Gefahr für Österreichs Atom-Nein! Als „Ausweg“ aus der Klimakrise soll die Atomenergie und die Gentechnik (wieder) stärker gefördert werden. Österreichs Vertreter*innen haben dagegen gestimmt und auch endlich einmal bei EURATOM vorerst gegen die Freigabe von Geldern für die Atomenergie gestimmt. Die Europäische Investitionsbank (EIB), eine der größten Investitionsbanken der Welt, will aber weiter und zwar im Namen von Klimaschutz Geld für die Errichtung von AKWs zur Verfügung stellen. Die Vertreter*innen Österreichs haben das wiederum nur „zur Kenntnis

genommen“. Will man von Regierungsseite endlich einmal wirklich und nachhaltig entsprechend des Volksentscheides von 1978 (!) etwas gegen Atom und für den Klimaschutz tun, dürfen unsere Vertreter*innen nicht nur die geplanten 1,6 Milliarden Euro blockieren, die EURATOM im Namen von Klimaschutz für Atom bereitstellen will, sondern darf Österreich auch keinen EURATOM-Mitgliedsbeitrag mehr bezahlen. Weiters muss Österreich aus EURATOM und IAEA austreten und einen Klimaplan (NEKP) beschließen, der nicht nur Vorschläge, sondern auch konkrete Maßnahmen enthält. Nur das wäre glaubhaft.

Ohne Atomstrom aus Tschechien:

Gehen in Wien die Lichter aus?

Ein Effekt des EU-Freibriefes für AKW-Förderung im Namen von Klimaschutz war, dass Tschechien Milliarden-Kanzler Babis davon sprach, dass ohne tschechischen Atomstrom in Wien das Licht ausginge. Wie reagierte Österreichs Regierung? Gar nicht. Wie unsere Meinungsmacher? „Wir“ seien doppelzünftig, weil wir ja auch Atomstrom beziehen. „Wir“? Nein:

- Es ist ein Unterschied ob man selbst tödliche AKWs im Land hat – haben wir nicht, Dank der Bevölkerung und unseres Atom-Neins von 1978!
- Trägt Österreich dazu bei, dass der gefährliche Atomstromanteil in der EU und in der Welt abnimmt
- Tschechien liefert nicht an Österreich, sondern ins europäische Stromnetz
- Auch Österreich liefert Strom, ökologischen Wasserkraftstrom, ins europäische Stromnetz von dem auch Tschechien profitiert.

Also: warum sagt das kein Offizieller bei uns?

Weil sie auch schon wieder mit AKW-Bau im Namen von Klimaschutz spekulieren? Die österreichische E-Wirtschaft hat sogleich im Windschatten von Babis angekündigt, dass man in Zukunft doppelt so viele E-Kraftwerke wie heute bräuchte und dafür auch Geld haben will. Aha. Seit Jahrzehnten zahlen die zu einem hohen Anteil auch schon teilprivatisierten österreichischen E-Versorger Milliarden Euro an die auch privaten Aktionäre. Aber Reservehaltung wie früher, als die E-Versorgung noch ausschließlich in Händen von Bund und Ländern war, fand seitdem nicht statt – aus "Kostengründen". Geld für Dividenden ist da, für Reservehaltung nicht? Da droht man lieber mit Black-out, damit die Steuerzahler*innen zum Zahlen bereit sind – vielleicht auch für AKWs. Seien wir wachsam und entlarven wir die kurzfristigen – und bei AKWs tödlichen – Gewinninteressen orientierten Unwahrheiten von Politik und Wirtschaft!

EU auf dem Weg zur Atombomben-Union

Frankreichs Präsident Macron hat seinen EU-Partnern einen „strategischen Dialog über die atomare Abschreckung in Europa“ vorgeschlagen.

Anlass war Trumps Aussage, den „atomaren Schutz“ Europas nicht mehr „alleine“ tragen zu wollen und der Austritt der Atombombenmacht Großbritannien aus der EU. Die französischen „Atomwaffen würden die Sicherheit Europas allein durch ihre Existenz stärken und hätten damit eine wahrhaft europäische Dimension“, so Macron.

Die deutsche Regierung sieht sich und Europa offiziell weiter durch den NATO-„Atom-Schirm“ geschützt. Johann Wadephul, CDU-Vizefraktionsvorsitzender im deutschen Bundestag, schlug eine Beteiligung Deutschlands mit „eigenen Fähigkeiten und Mitteln“ an der nuklearen Abschreckung Frankreichs vor, wenn diese unter einem EU- oder NATO-Kommando stünde. Was Präsident Macron natürlich ablehnte. Ist damit die „EU-Atombombe“ begraben? Ja und Nein. Denn gleichzeitig wird z.B. im deutschen Leitmedium „Die Zeit“ prominent für eine deutsche Atombewaffnung

geworben (Tom Enders: „Wir müssen über Nuklearwaffen reden“). Tom Enders ist seit 2019 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), davon war er Chef von Airbus (Eurofighter). Enders befürwortet eine „atomare Kooperation“ mit Frankreich unter französischer Führung. Er argumentiert, es werde sowieso keine EU-Atombombe geben, Frankreich habe schon Atomwaffen und Deutschland könne seine atomaren NATO-Erfahrungen einbringen.

Noch ist das deutsche Kapital gespalten zwischen USA/NATO und eigenen, deutschen ehrgeizigen Atomwaffenzielen, die sie durch das Atomwaffenverbot (noch) nicht alleine umsetzen kann.

Durch Abrücken vom „größeren“ und Hinwenden zum „kleineren“ atomaren „Beschützer“ (Frankreich) – bei kräftiger deutscher finanzieller und know-how Beteiligung – erhoffen sich diese Teile des deutschen Kapitals mehr Einblick, Mitbestimmung, Einfluss und Bewegungsspielraum für die eigenen atomaren Rüstungspläne – im EU-Gewand, statt im NATO-Gewand.

LETZTE MELDUNGEN

Unfall im AKW-Mochovce

Während eines Tests ist einer der sechs Notstrom-Dieselmotoren explodiert. Versagen Notstromgeneratoren in einem echten Notfall, könnte der heiße Reaktorkern nicht mehr gekühlt werden. Im AKW Fukushima hat u.a. dies zur Katastrophe geführt.

Erdbeben + AKW-Krsko

Durch das schwere Erdbeben in Zagreb, nur ca. 20 km vom AKW Krsko entfernt, wurde ganz klar, wie gefährlich

das AKW ist, das auf dieser Erdbebenlinie liegt. Damit der leidgeplagten Bevölkerung neben der Erbebengefahr, der Corona-Seuche nicht auch noch die radioaktive Verstrahlung droht: Schließung sofort!

Corona: Faschisten kriechen aus ihren Löchern Menschenopfer für die Wirtschaft

Alle müssten in der Coronakrise Opfer erbringen, sagte Texas-Vizegouverneur Dan Patrick. **Aber die Wirtschaft müsse weiterlaufen.** Es könne nicht sein, dass die Wirtschaft der Coronakrise geopfert werde, sagte der Politiker. Man müsse wenigstens diskutieren, ob nicht die älteren Bürger geopfert werden sollten. **Ungeheuerlich!**

Coronavirus in Österreich

Gesundheitsschutz statt Profitschutz!

38 Milliarden Euro wurden sehr schnell für die „Gesundung“ der Wirtschaft locker gemacht, weitere Milliarden im Fall des Falles in Aussicht gestellt. Gleichzeitig hat die Regierung für die Corona-Bekämpfung nur 22 Millionen Euro für Forschung zur Entwicklung von Medikamenten und Impfungen angekündigt. Wichtig wäre, sofort und mehr Geld auszugeben und in die Wege zu leiten, dass das Testumfeld erweitert wird (wie z.B. in Venetien, siehe oben), alles medizinisches und Gesundheitspersonal in die Testung einbezogen wird oder die Eigenproduktion der für die Tests notwendige

Testchemikalien gestartet wird, z.B. mit Biochemie-Start-Ups oder einschlägigen Uni-Instituten.

Für ein gutes, gesundes Leben für alle, statt für die Profitinteressen der Wenigen. Das hat eine Politik zu tun, die vorgibt „Aus Verantwortung für Österreich“ (= der Titel des Türkis-Grünen Regierungsprogramms) zu handeln.

Seit Beginn der Notstandsgesetze gib es bereits 150.000 zusätzliche Arbeitslose! (bis 25.3.)

Infos und Hilfe: **ÖGB und AK Hotline:**

0800 22 12 00 80 (Mo-Fr. ab 9.00 Uhr)

<https://www.oegb.at>, <https://jobundcorona.at/>

HINWEIS: Ob die nachfolgenden Termine vor dem Hintergrund der wegen Corona geltenden Ausnahmeregelungen stattfinden, bitte zeitnah nachschauen unter: www.atomgegner.at

**Mittwoch 15. April 2020,
19.00 Uhr**

Diskussionsabend

Orbanisierung Österreichs

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus,
Galerie, 1. Stock

Freitag, 24. April 2020

Weltweiter Klimastreik / Wien

Ort, Zeit und Details folgen zeitnah unter:

www.atomgegner.at

1. Mai 2020

Stand ab 9.00 – Kundgebung um 12.00

1010 Wien, Ring, vor dem Burgtheater

JA zur NEUTRALITÄT und Sozialstaat

NEIN zur EU- und NATO-Aufrüstung

GEGEN Sozial- und Demokratieabbau

Wir laden zur aktiven Teilnahme ein.

Anfragen bitte an: ggae@gmx.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen. Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Wir wünschen Gesundheit und alles Gute!

*Mit kollegialen Grüßen, „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“*

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW; **Empfänger*in:**

Gewerkschafter gegen Atomenergie,

Verwendungszweck: Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum/